

26.02.2026 | Bildung

Anne Riecke zu TOP 24 "Für eine Eignungsprüfung bei fehlender Gymnasialempfehlung"

In ihrer Rede zu TOP 24 (Für eine Eignungsprüfung bei fehlender Gymnasialempfehlung) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anne Riecke**:

„Die Frage, ob ein Kind das Gymnasium besucht oder nicht, scheint immer mehr zu einer fast existentiellen Frage zu werden. In Teilen der Gesellschaft ist es offensichtlich weitverbreiteter Glaube, dass nur der Besuch des Gymnasiums eine vielversprechende Bildungskarriere verheißen kann. Das hat sicherlich viele Gründe. Ich finde aber auch, dass wir uns auch als politische Entscheidungsträger die Frage gefallen lassen müssen, woher dieser Glaube kommt. Und auch, wie die aktuelle Wahrnehmung unserer Gemeinschaftsschulen eigentlich ist, wenn viele Eltern partout nicht wollen, dass ihr Kind diese Schulform besucht – unabhängig davon wie der Leistungsstand des Kindes ist und ungeachtet der Tatsache, dass ja auch dort das Abitur gemacht werden kann.

Auch die häufig zu einseitige Fokussierung auf akademische Bildungswege und die auf der Kehrseite vernachlässigte berufliche Bildung haben sicher auch von politischer Seite einen Teil zur Wahrnehmung beigetragen, dass am Gymnasium und am Abitur kein Weg vorbeizuführen scheint. Aber womöglich wird das nicht mehr lange so bleiben: Mit dem Aufkommen von KI und einer rasant voranschreitenden Automatisierung gerade von Bürotätigkeiten, wird sich vielleicht schon bald herausstellen, dass ein Tischler oder Dachdecker sehr viel zukunftssicherer aufgestellt sein wird als ein Jurist oder Journalist.

Aber wie stellen wir nun sicher, dass der Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule verantwortungsvoll, leistungsgerecht und im Sinne der Kinder gestaltet wird? Wie vermeiden wir vor allem Überforderung und Frustration, den diese Kinder unweigerlich erleben, wenn sie dem Unterricht auf dem Gymnasium nicht folgen können? Wie vermeiden wir unnötige Schulwechsel, zusätzlichen Verwaltungsaufwand und das Herausnehmen von Schülern aus dem Klassenverband?

Eine Möglichkeit wäre, die Schulartempfehlung verbindlich zu gestalten. Damit würde vermieden werden, dass sich die Eltern über die Einschätzungen hinwegsetzen und ihr Kind trotz fehlender Empfehlung auf ein Gymnasium schicken. Wir glauben aber, dass eine Eignungsprüfung hier der bessere Weg wäre. Der Grundgedanke ist, dass es diese nur geben soll, wenn eine Gymnasialschulempfehlung nicht vorliegt, das Kind aber durch den Elternwillen trotzdem zum

Gymnasium gehen soll. Das heißt aber auch: Uns geht es ausdrücklich nicht um zusätzliche Hürden für diejenigen, die eine klare Empfehlung erhalten haben. Für sie soll es bei dem bisherigen Verfahren bleiben.

Aus unserer Sicht braucht es aber in allen anderen Fällen einen verlässlichen, überprüften Leistungsstand, damit sichergestellt werden kann, dass das Kind dem Unterricht auch folgen kann. Das ist kein Misstrauensvotum gegen Eltern oder Kinder, sondern dient einer objektiven Entscheidungsgrundlage. Wenn wir damit erreichen, dass Kinder von Anfang an in der für sie passenden Schulart starten, dann ist das ein Gewinn für ihre individuelle Entwicklung.

Gleichzeitig betonen wir ausdrücklich die Durchlässigkeit unseres Systems. Ein Kind, das sich auf einer anderen Schulart positiv entwickelt, kann später immer noch den Weg zum Abitur einschlagen. Unsere Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein bietet dafür vielfältige Möglichkeiten. Das ist eine Stärke unseres Systems und diese Stärke wollen wir erhalten.

Eine Eignungsprüfung wie wir sie vorschlagen, sollte im Idealfall landesweit einheitlich und verbindlich sein. Sie soll aus einem fachlichen Teil bestehen, der die zentralen Kompetenzen überprüft, und aus einer sozialen beziehungsweise entwicklungsbezogenen Komponente besteht. Denn Schulerfolg hängt nicht allein von Noten ab. Auch Selbstständigkeit, Belastbarkeit und Lernorganisation spielen eine Rolle. Ich bin überzeugt, dass wir mit einer klugen Eignungsprüfung einen Beitrag zu besseren Bildungschancen und besseren Lernergebnissen leisten. Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen zu dem Thema!“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Anne Riecke

Sprecherin für Bildung, Kultur, Landwirtschaft, Fischerei, Jagd,
Verbraucherschutz, Religion, Minderheiten, Umwelt, Klimaschutz

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de